

Politik : definitives Ja zum freien Personenverkehr

Autor(en): **Lenzin, René**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **36 (2009)**

Heft 2

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-910356>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Definitives Ja zum freien Personenverkehr

Deutlicher als erwartet haben die Stimmberechtigten der Fortführung der Personenfreizügigkeit mit der Europäischen Union zugestimmt. Gleichzeitig weiteten sie das Abkommen auf Bulgarien und Rumänien aus. Bei einer Stimmbeteiligung von 51 Prozent legten 60 Prozent ein Ja in die Urne. Von René Lenzin

Das Thema Europa vermag die Stimmberechtigten nach wie vor zu mobilisieren. Zum ersten Mal seit September 2005 überschritt die Beteiligung an einer eidgenössischen Volksabstimmung am 8. Februar wieder die 50-Prozent-Marke. Beide Male ging es um den freien Personenverkehr: Damals hiess das Volk die Ausdehnung auf die zehn ost- und südeuropäischen Länder gut, die der EU frisch beigetreten waren. Nun befürwortete es die Weiterführung des Abkommens sowie die Erweiterung auf Bulgarien und Rumänien. Die schrittweise Einführung der Personenfreizügigkeit mit den beiden jüngsten EU-Mitgliedern soll frühestens ab 1. April und mit einer siebenjährigen Übergangsfrist starten.

Die Zustimmung fiel höher aus, als Umfragen im Vorfeld hatten vermuten lassen. 59,6 Prozent der Stimmdenden sagten Ja, nur gerade die vier Kantone Appenzell Innerrhoden, Glarus, Schwyz und Tessin lehnten die Vorlage ab. Traditionell hoch war der Ja-Stimmenanteil in der Westschweiz und in den städtischen Gebieten der Deutschschweiz. Diesmal zeigten sich aber auch die meisten ländlichen Kantone der Zentral- und Ostschweizöffnungsfreudiger als auch schon (siehe Karte).

Die Abstimmung war nötig geworden, weil die Schweiz und die EU das Abkommen über den freien Personenverkehr vorerst nur auf

sieben Jahre abgeschlossen hatten. Als das Parlament die Weiterführung des Vertrags mit der Ausdehnung auf Bulgarien und Rumänien verknüpft hatte, ergriffen verschiedene Rechtsparteien erfolgreich das Referendum. Mit dem Ja des Volkes ist nicht nur die Personenfreizügigkeit definitiv verankert, sondern auch die sechs mit ihr verbundenen Abkommen der ersten bilateralen Verhandlungsrunde. Sie regeln unter anderem den Land- und Luftverkehr, die Anerkennung von Diplomen und den Abbau von Handelshemmnissen.

Das fünfte Ja zum Bilateralismus

Der Bundesrat wertete das Votum als Sieg für den Wirtschaftsstandort Schweiz und als Bekräftigung des bilateralen Weges. Tatsächlich hat das Volk zum fünften Mal Verträgen zugestimmt, welche die Schweiz und Brüssel abgeschlossen hatten. Im Mai 2000 pasierte das erste bilaterale Verhandlungspaket die Abstimmung mit 67,2 Prozent Ja; im Juni 2005 stimmten 54,6 Prozent dem Beitritt zu den Abkommen von Schengen und Dublin zu; im Herbst des gleichen Jahres befürworteten 56 Prozent die Ausdehnung des freien Personenverkehrs auf die zehn neuen EU-Staaten; und schliesslich sagten im November 2006 53,4 Prozent Ja zu Kohäsionsbeiträgen von einer Milliarde Franken für ebendiese Länder.

Kommentar: Glaubwürdige Schweiz

Wenn Schweizerinnen und Schweizer vor einer Abstimmung Zweifel plagten, legen sie in der Regel ein Nein in die Urne. Nach der Abstimmung vom 8. Februar lässt sich daher sagen: Am bilateralen Weg in der Europapolitik gibt es keine Zweifel mehr. Sechs von zehn Stimmdenden haben die Weiterführung des freien Personenverkehrs sowie dessen Ausdehnung auf Bulgarien und Rumänien gutgeheissen. Das sind deutlich mehr, als vor gut drei Jahren die Erweiterung des Abkommens auf die damaligen zehn neuen EU-Staaten befürwortet haben.

Mit einem so klaren Ergebnis war nicht unbedingt zu rechnen. Denn die missliche Wirtschaftslage mit Aussicht auf eine länger dauernde Rezession liess eine eher knappe Ausmarchung erwarten. Nichtsdestotrotz hat die Bevölkerung zum fünften Mal jenen Weg bekräftigt, den sie 1992 nach dem Nein zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) eingeschlagen hatte.

Die Verlierer dieses Abstimmungssonntags sind die Schweizerische Volkspartei und ihr Vordenker Christoph Blocher. Nach einem wirren Zickzackkurs hat die Partei die Neinparole beschlossen – wohl nicht zuletzt als Zugeständnis an die ökonomischskeptische Basis. Doch die anschliessende Kampagne, die auf die Angst vor einem Kollaps des Sozialstaats baute, hat nicht verfangen. Blocher und seine Getreuen haben seinerzeit den Beitritt zum EWR knapp verhindern können, und den EU-Beitritt haben sie für lange Zeit aus der politischen Agenda verbannt. Aber sie finden keine Mehrheit, wenn sie die schrittweise Annäherung an die Europäische Union über Abkommen in einzelnen Sachfragen bremsen wollen.

Der Weg der bilateralen Verhandlungen mag zuweilen steinig und langwierig sein. Aber er bleibt die einzige von der Bevölkerung getragene Option in der Europapolitik. Schliesst der Bundesrat vernünftige Verträge ab, weiss er das Volk hinter sich. Manche Regierung in der EU wäre wohl froh, wenn sie ihre Integrationspolitik in der Bevölkerung ebenso tief verankert wüsste. Diese direkt-demokratisch abgestützte Kontinuität macht die Schweiz zum zuverlässigen und glaubwürdigen Partner für die Union. Und sie gibt dem Bundesrat die Kraft, in künftigen Verhandlungen mit dem nötigen Selbstvertrauen aufzutreten.

RENÉ LENZIN

Ja-Stimmenanteil zum freien
Personenverkehr = 59,6%

Abgelehnt wurde die Vorlage
nur in den Kantonen Schwyz,
Glarus, Appenzell IR und Tessin.

